

# CDU verschließt die Augen vor Kommunalabgabenproblemen!

Die Thüringer CDU weigert sich, Probleme in Thüringen bei der Erhebung der Abwassergebühren zur Kenntnis zu nehmen. „Sie hat in der jüngsten Landtagsitzung in der zweiten Lesung die von den LINKEN vorgeschlagenen gesetzlichen Neuregelungen nicht nur abgelehnt, sondern selbst den Antrag auf Beratung in den Fachausschüssen erneut verhindert“, so der kommunalpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE Frank Kuschel.

## *Korrektur aktueller Vollzugsprobleme im Kommunalabgabenrecht blockiert*

Mit dem Gesetzentwurf reagiert die Landtagsfraktion DIE LINKE auf aktuelle Vollzugsprobleme im Kommunalabgabenrecht. Die LINKEN hatten vorgeschlagen, die Einführung so genannter Niederschlagsgebühren daran zu knüpfen, dass Grundstückseigentümer motiviert werden, befestigte Flächen zu entsiegeln und das Oberflächenwasser auf dem Grundstück schadstofffrei versickern zu lassen.

Im Kommunalabgabengesetz gibt es bisher keine Bestimmungen für die Einführung und Erhebung der Niederschlagswassergebühr. „Die Aufsichtsbehörden greifen vielmehr auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes aus dem Jahr 1972 zurück“, äußert Kuschel völlig verständnislos. Zudem unterbreitet die Fraktion DIE LINKE im Gesetzentwurf den Vorschlag, die Finanzierung von Investitionen über die Erhebung einer Grundgebühr vorzunehmen. „Dies hätte die Wirkung, wie wiederkehrende Beiträge, würde zu einer zeitlichen Streckung der finanziellen Belastungen führen und das Problem der möglichen zusätzlichen Belastungen für Mehrpersonenhaushalte umgehen“, so Frank Kuschel.

## *Bürgerproteste gegen die gegenwärtige Kommunalabgabenpolitik werden wieder ansteigen*

Die Fraktion DIE LINKE schlägt weiterhin vor, dass auf die Verzinsung des Eigenkapitals der Aufgabenträger der

Abwasserentsorgung verzichtet wird. Dadurch soll einem weiteren Anstieg der Wasser- und Abwassergebühren entgegengewirkt werden.

## *Politik darf nicht auf Gerichtsentscheid setzen*

„Die CDU braucht sich bei dieser Verweigerungshaltung nicht zu wundern, dass die Bürgerproteste gegen die gegenwärtige Kommunalabgabenpolitik wieder ansteigen“, schätzt Frank Kuschel ein. DIE LINKE wird weiterhin für die Beseitigung noch vorhandener Ungerechtigkeiten bei den Kommunalabgaben hinwirken und dabei mit den Bürgerinitiativen kooperieren.

„Die Politik muss rechtzeitig auf Probleme reagieren und darf nicht ständig darauf setzen, dass Gerichte entscheiden“, fordert Frank Kuschel abschließend.

Cordula Eger  
09.04.2008